

Wer bezahlt die Folgen der Corona- Epidemie?

Für eine solidarische Lösung der Krise

Corona ist ein Virus. Früher oder später wird es dagegen medizinische Hilfe geben. Doch die sozialen Folgen der Epidemie werden uns noch lange beschäftigen. Viele Menschen haben Ängste: Was ist, wenn ich keine Arbeit habe? Kann ich die Wohnung noch bezahlen? Was geschieht mit meinen Kindern, meinen Angehörigen? Wie geht es weiter?

Wie stark die Wirtschaft einbrechen wird, kann man derzeit noch nicht wirklich beantworten. Aber wir sollten auf jeden Fall die Frage stellen: Wie werden unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft nach der Epidemie aussehen?

Weiter auf der Rückseite



Was jetzt nötig ist:

- Ein massives Investitionsprogramm für den öffentlichen Sektor: Gesundheitswesen, Bildung, Sozialer Wohnungsbau!
- Investitionen in den Klimaschutz!
- Ein Sofortprogramm für den kleinen Mittelstand!
- Höhere Löhne, Anhebung des Mindestlohns auf 13 Euro! Dauerhaft 500 Euro monatlich mehr für Beschäftigte im Gesundheitswesen!
- Arbeitszeit verkürzen! 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Wie soll das finanziert werden?

- Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben! Abrüsten!
- Eine Vermögensabgabe der Reichen und Superreichen zur solidarische Krisenbewältigung!
- Riesenvermögen besteuern: Vermögenssteuer wieder einführen. Millionärssteuer und eine angemessene Erbschaftsteuer erheben!



Impressum:

DIE LINKE. Landesverband Hessen
ViSdP.: Petra Heimer
Allerheiligentor 2-4,
60311 Frankfurt am Main, E-Mail:
kontakt@die-linke-hessen.de

Wer bleibt auf der Strecke? Wer profitiert?

Hunderte Milliarden werden derzeit in die Wirtschaft gepumpt.

Das meiste Geld erhalten wie immer die großen Konzerne und Unternehmen, die in den vergangenen Jahren Riesengewinne gemacht haben. Und trotz der Staatshilfen schütten sie jetzt satte Dividenden an ihre Aktionäre aus und entlassen Tausende ihrer Beschäftigten.

Dieses Mal haben auch der Mittelstand und kleine Selbständige Finanzhilfen bekommen, weil die Regierung nicht riskieren konnte, dass das gesellschaftliche Gefüge weitgehend zusammenbricht.

Am wenigsten Hilfe gab es für normale Lohnabhängige, Niedriglöhner und sozial abgehangene Menschen.

In dieser Krise zeigen sich die Fehlentwicklungen der letzten Jahre deutlich:

Privatisierungen und Kürzungen, nicht nur im Gesundheitswesen, miese Löhne und Arbeitsbedingungen für Beschäftigte in absolut systemrelevanten Berufen, maximale Rendite statt öffentliche Infrastruktur und soziale Absicherung – mit all dem müssen wir Schluss machen, wenn wir unsere Gesellschaft für die Zukunft gut aufstellen wollen.

Es darf nicht wieder passieren, dass die Kosten für nötige Rettungspakete auf Beschäftigte, sozial Benachteiligte, auf Kleinsparer und kleine Selbständige abgewälzt werden!

Es darf nicht wieder genauso laufen wie in der letzten Finanzkrise:

Die Verluste werden beim Steuerzahler abgeladen, die künftigen Gewinne streichen dann wieder private Aktionäre ein.

Es braucht Druck auf die Bundesre-

gierung, damit Millionen Beschäftigte und Kleinunternehmer*innen in dieser Krise nicht zum Sozialfall werden.

Die Reichen und Superreichen müssen den Löwenanteil der Krisenkosten tragen!

Und genau das ist möglich!

Immer mehr Menschen in Deutschland versteuern mehr als eine Million Euro im Jahr - gelten somit als Einkommensmillionäre.

Und die Zahl der Superreichen steigt ebenfalls. Die reichsten 10 Prozent besitzen 61 Prozent der Vermögen in Deutschland!

Aber anstatt darüber zu sprechen, wie die Reichen in Zukunft einen Beitrag zum Wiederaufbau leisten können, diskutieren CDU-Politiker allen Ernstes darüber, den Mindestlohn zu senken und Spitzenverdiener beim Soli zu entlasten. Das nützt nicht der Wirtschaft – im Gegenteil: Es würde die Nachfrage weiter drücken, die Krise vertiefen. Der Mindestlohn muss rauf, nicht runter! Alles andere wäre nur das nächste Geschenk an Konzerne und Superreiche.

Nein, die Krise betrifft nicht alle Menschen gleich! Wir sitzen nicht alle in einem Boot. Es gibt Krisenverlierer und Krisengewinner.

DIE LINKE.
LANDESV ERBAND HESSEN

Deshalb fordert DIE LINKE.:

✓ Ein massives Investitionsprogramm für den öffentlichen Sektor: Ausbau des Gesundheitswesens, der Bildung und des sozialen Wohnungsbaus!

✓ Investitionen in den Klimaschutz! Keine Steuergelder für die Autoindustrie – Stattdessen mehr Geld für die Bundesbahn und den Öffentlichen Personennahverkehr. Ausbau der alternativen Energien.

✓ Ein Sofortprogramm für den kleinen Mittelstand. Das nötige Geld wird den Reichen als Krisenabgabe abgezogen.

✓ Höhere Löhne und Ankurbeln der Binnennachfrage: Erhöhung des Mindestlohns auf 13 Euro! Dauerhaft monatlich 500 Euro mehr für Beschäftigte im Gesundheitswesen – Keine Abspeisung mit 1000 Euro Einmalzahlung! Arbeitszeit verkürzen! Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich!

✓ Und nicht zuletzt dürfen die Rüstungsausgaben nicht weiter steigen! Wer in dieser Krise 50 Milliarden für Militär ausgibt und plant, das auf 80 Milliarden jährlich zu steigern, dem geht es nicht um die Sicherheit der Bevölkerung!